

Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren

Bearbeitet von
Prof. Dr. Matthias Dombert, Dr. Christoph Külpmann, Klaus Finkelnburg, Prof. Dr. Klaus Peter Jank

7. Auflage 2017. Buch. Rund 520 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 68541 5
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Verwaltungsverfahren,
Verwaltungsprozess](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 12



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren

von

Prof. Dr. Klaus Finkelburg

Rechtsanwalt und Notar a. D. in Berlin
Präsident des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin a. D.

Prof. Dr. Matthias Dombert

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Potsdam
Richter des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg a. D.

Dr. Christoph Külpmann

Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig

7. Auflage 2017





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitierweise: Finkenburg/Dombert/Kühnmann Vorl. Rechtsschutz Rn.

www.beck.de

ISBN 978 3 406 68541 5

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort der 7. Auflage

Der vorläufige Rechtsschutz prägt die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Im Jahr 2015 gingen – ohne die Massenverfahren des Hochschulzulassungsrechts – rund 63000 Eilverfahren bei den erstinstanzlichen Verwaltungsgerichten ein. Dies sind mehr als ein Viertel aller Eingänge. Die Beteiligten suchen ihren Rechtsschutz in Eilverfahren, auch wenn die Dauer der Hauptsacheverfahren in den letzten Jahren rückläufig gewesen ist. Die nackten Zahlen reichen indes nicht aus, die Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes zu beschreiben. In wichtigen Bereichen des Verwaltungsrechts, zu nennen sind das Asylrecht, das Hochschulzulassungsrecht, das Versammlungsrecht oder der beamtenrechtliche Konkurrentenstreit, fällt im Eilverfahren faktisch auch die Hauptsacheentscheidung. Dies verlangt nach sicheren prozessualen Leitlinien.

Die VwGO stellt mit den §§ 80 bis 80b, 123 und 47 Abs. 6 VwGO ein Rechtssystem zur Verfügung, das sich in der Praxis bewährt hat. Verbleibende Regelungslücken hat die gerichtliche Praxis geschlossen. Darüber zu informieren ist Aufgabe dieses Buches. Wir hoffen, dass die neue Auflage wie ihre Vorgänger wohlwollend aufgenommen wird.

Berlin/Potsdam/Leipzig, im Februar 2017

Klaus Finkelnburg

Matthias Dombert

Christoph Külpmann



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

<i>Matthias Dombert</i> :	§§ 3–31, 59, 60
<i>Klaus Finkelburg</i> :	§§ 1, 2, 32–38, 58
<i>Christoph Külpmann</i> :	§§ 39–57, 61–65



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort der 7. Auflage	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Abgekürzt zitiertes Schrifttum	XXXV

Erster Teil: Das System des vorläufigen Rechtsschutzes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

§ 1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
§ 2 Das System des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	3

Zweiter Teil: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO

A. Allgemeines	7
§ 3 Vorbemerkung	7
§ 4 Grundsätzliches zu § 123 VwGO	8
B. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Anordnungsverfahrens	9
§ 5 Allgemeines	9
§ 6 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	11
§ 7 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	15
§ 8 Die Statthaftigkeit des Anordnungsverfahrens	19
§ 9 Anforderungen an den Anordnungsantrag	26
§ 10 Die Antragsbefugnis	27
§ 11 Das Fehlen von Verfahrenshindernissen	28
§ 12 Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis	32
§ 13 Sonstige besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	40
C. Die materiellen Voraussetzungen und der Inhalt der einstweiligen Anordnung	42
§ 14 Das Verhältnis der beiden Anordnungsformen zueinander	42
§ 15 Die Regelungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO	43
§ 16 Die Sicherungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO	60
§ 17 Die Vorwegnahme der Hauptsache	71
§ 18 Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	90
D. Das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug	100
§ 19 Grundlagen	100
§ 20 Die Einleitung des Verfahrens	104
§ 21 Der Ablauf des Verfahrens	110
§ 22 Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze	120
§ 23 Der Abschluss des Verfahrens durch Sachentscheidung	130
§ 24 Der Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung	137
E. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	142
§ 25 Das Rechtsmittelverfahren	142
§ 26 Die Rechtsbehelfsverfahren	169

F. Kosten, Vollziehung, Folgenbeseitigung	178
§ 27 Die Kosten des Anordnungsverfahrens	178
§ 28 Die Vollziehung der einstweiligen Anordnung	182
§ 29 Erstattungs- und Ersatzansprüche	188
G. Die einstweilige Anordnung in verwaltungsgerichtlichen Sonderverfahren	193
§ 30 Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	193
§ 31 Personalvertretungssachen	217

Dritter Teil: Die aufschiebende Wirkung

A. Die aufschiebende Wirkung im System des vorläufigen Rechtsschutzes	220
§ 32 Funktion und Begriff der aufschiebenden Wirkung	220
§ 33 Die Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung	228
§ 34 Beginn und Ende der aufschiebenden Wirkung	233
B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 80 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 VwGO ..	244
§ 35 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO)	244
§ 36 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren vollzugspolizeilichen Maßnahmen (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO)	251
§ 37 Bundesgesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 1 VwGO)	254
§ 38 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Landesgesetz (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO)	259
C. Befugnisse der Behörde	262
§ 39 Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse	262
§ 40 Anordnung der sofortigen Vollziehung im Interesse eines Beteiligten	286
§ 41 Aussetzung der Vollziehung bei einseitig belastenden Verwaltungsakten	292
§ 42 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	297
D. Der erstinstanzliche gerichtliche Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	300
§ 43 Zulässigkeit des Antrags	301
§ 44 Der Ablauf des Verfahrens	313
§ 45 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei zweiseitigen Rechtsverhältnissen	323
§ 46 Aufhebung der Vollziehung	347
§ 47 Aufhebung der unzureichend begründeten Vollzugsanordnung	350
§ 48 Feststellung der aufschiebenden Wirkung	352
§ 49 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	357
§ 50 Gerichtliche Anordnung der sofortigen Vollziehung	367
§ 51 Die Sachentscheidung und Nebenentscheidungen	370
§ 52 Erstattungs- und Ersatzansprüche	375
E. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	379
§ 53 Das Beschwerdeverfahren	379
§ 54 Das Abänderungsverfahren	389
§ 55 Anhörungsrüge und Verfassungsbeschwerde	398

Vierter Teil: Der vorläufige Rechtsschutz in der praktischen Anwendung

§ 56 Ausländerrecht	403
§ 57 Asylrecht	413
§ 58 Baurecht	421
§ 59 Umweltrecht	436

§ 60 Fachplanungsrecht	447
§ 61 Beamtenrecht	452
§ 62 Schulrecht	471
§ 63 Prüfungsrecht	478
§ 64 Ausbildungsförderungsrecht	488
§ 65 Straßenverkehrsrecht	492
Sachregister	503



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Das System des vorläufigen Rechtsschutzes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

§ 1 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
I. Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG als verfassungsrechtliche Grundlage des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
II. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz als Ausfluss von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	1
§ 2 Das System des vorläufigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	3
I. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz vor Erlass der VwGO	3
II. Der vorläufige verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz der VwGO im Überblick	4

Zweiter Teil: Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO

A. Allgemeines	7
§ 3 Vorbemerkung	7
§ 4 Grundsätzliches zu § 123 VwGO	8
I. Regelungsanlass und Regelungsinhalt	8
II. Zum Aufbau des § 123 VwGO	9
B. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Anordnungsverfahrens	9
§ 5 Allgemeines	9
I. Unterscheidung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit des Anordnungsantrags	9
II. Die einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen	10
§ 6 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	11
I. Erfordernis des Verwaltungsrechtsweges	11
II. Zur Bestimmung des Verwaltungsrechtsweges	11
1. § 40 VwGO	11
2. Der Begriff der Hauptsache	13
3. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges vor und nach Rechtshängigkeit der Hauptsache	13
III. Ausschluss des Verwaltungsrechtswegs	13
1. Ausschluss durch Gesetz	13
2. Ausschluss durch Vereinbarung	14
IV. Zuweisung des Verwaltungsrechtswegs durch bindende Verweisung	14
V. Notkompetenz	15
VI. Fortdauer der Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs	15
§ 7 Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	15
I. Zuständigkeit vor Rechtshängigkeit der Hauptsache	16
1. Sachliche Zuständigkeit	16
2. Örtliche Zuständigkeit	17
II. Zuständigkeit nach Rechtshängigkeit der Hauptsache	17
1. Allgemeines	17
2. Zuständigkeit des VG	17
3. Zuständigkeit des OVG	17
4. Keine Zuständigkeit des Revisionsgerichts	18
5. Zuständigkeit bei Zwischen- und Teilverurteilen	18
6. Notkompetenz	19
III. Fortdauer der Zuständigkeit	19

XIV		
§ 8	Die Statthaftigkeit des Anordnungsverfahrens	19
	I. Abgrenzung zu den anderen Rechtsschutzformen	19
	1. Vorrang des § 47 Abs. 6 VwGO	21
	2. Ausschluss der einstweiligen Anordnung im Falle des § 44a VwGO	21
	II. Ergänzung des Aussetzungsverfahrens	23
	1. Vorausgehender Rechtsschutz	23
	2. Nachfolgender Rechtsschutz	23
	3. Kumulativer Rechtsschutz	24
§ 9	Anforderungen an den Anordnungsantrag	26
	I. Antragsfordernis	26
	II. Form und Inhalt des Antrags	26
§ 10	Die Antragsbefugnis	27
§ 11	Das Fehlen von Verfahrenshindernissen	28
	I. Keine anderweitige Rechtshängigkeit	28
	II. Keine vorgängige rechtskräftige Entscheidung	29
	1. Materielle Rechtskraft im Anordnungsverfahren	29
	2. Zulässigkeit eines Zweitantrags	29
§ 12	Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis	32
	I. Verfügbarkeit geeigneterer Rechtsschutzmöglichkeiten	33
	1. Vorliegen eines gerichtlichen Titels	33
	2. Voreiligkeit anderer Rechtsschutzmöglichkeiten	34
	3. Voreiligkeit des Vorgehens im Verwaltungsverfahren	35
	II. Entbehrlichkeit des vorläufigen Rechtsschutzes	36
	1. Fehlendes Sicherungsbedürfnis	36
	2. Unzulässige Rechtsausübung	37
	3. Geringfügigkeit, Nutzlosigkeit oder Mutwilligkeit des Antragsbegehrens	38
	III. Besonderes Rechtsschutzbedürfnis bei vorbeugendem Rechtsschutz	38
§ 13	Sonstige besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	40
	I. Glaubhaftmachung	40
	II. Anordnungsgrund	40
	III. Vorwegnahme der Hauptsache	41
	C. Die materiellen Voraussetzungen und der Inhalt der einstweiligen Anordnung	42
§ 14	Das Verhältnis der beiden Anordnungsformen zueinander	42
	I. Abgrenzung	42
	II. Rangverhältnis	43
§ 15	Die Regelungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO	43
	I. Regelungsanspruch und Regelungsgrund als Entscheidungsvoraussetzung	44
	1. Regelungsanspruch	46
	2. Regelungsgrund	50
	3. Zum Zusammenhang zwischen Regelungsanspruch und Regelungsgrund	53
	II. Interessenabwägung als Entscheidungskriterium	54
	1. Interessenabwägung bei offener Hauptsachelage	55
	2. Abwägung aufgrund Komplexität	55
	3. Interessenabwägung wegen qualifizierter Beeinträchtigung hochrangiger Rechtsgüter	55
	4. Interessenabwägung bei nicht eindeutiger Hauptsachelage	56
	5. Keine Abwägung bei negativer Erfolgsprognose	57
	III. Rechtsentscheidung	57
	IV. Zulässige Regelung	57
	1. Befristungen	59
	2. Anordnung vorläufiger Verwaltungsakte	59
	3. Tenorierung vorläufiger Feststellung	60
§ 16	Die Sicherungsanordnung nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO	60
	I. Abgrenzung zu anderen Formen einstweiligen Rechtsschutzes	61
	II. Die materiellen Voraussetzungen der Sicherungsanordnung	62
	1. Sicherungsanspruch	63
	2. Sicherungsgrund	66

III. Zulässige Sicherungen	70
IV. Rechtsentscheidung	70
§ 17 Die Vorwegnahme der Hauptsache	71
I. Begriff der Vorwegnahme	72
1. Endgültige Vorwegnahme	72
2. Vorläufige Vorwegnahme	74
3. Faktische Vorwegnahme	75
II. Zur Zulässigkeit der Vorwegnahme	76
1. Die Begründung der Verwaltungsgerichte für ein Vorwegnahmeverbot	76
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	77
3. Die Kritik der Literatur	78
III. Die Durchbrechung des Vorwegnahmeverbotes bei der Regelungsanordnung	79
1. Vorausbeurteilung der Hauptsache	79
2. Folgenabwägung	84
3. Interessenabwägung	85
IV. Die Voraussetzungen für die Vorwegnahme der Hauptsache bei der Sicherungsanordnung	87
V. Am Beispiel des Anspruches auf Neubescheidung: Die Überschreitung der Hauptsache	87
1. Bisheriger Meinungsstand der Rechtsprechung	88
2. Aktuelle Tendenzen in der Rechtsprechung	88
§ 18 Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	90
I. Auswahlmessen des Gerichts	90
II. Entscheidungsinhalte	90
1. Gerichtliche Gestaltungsmöglichkeiten	90
2. Nebenbestimmungen	93
III. Grenzen der Gestaltung	95
1. Begrenzung durch das Antragsbegehren	95
2. Begrenzung durch das Klagebegehren	96
3. Begrenzung durch den Normzweck	96
4. Begrenzung durch das materielle Recht	97
5. Begrenzung auf das Erforderliche	98
6. Begrenzung auf die Hauptbeteiligten	99
7. Begrenzung auf Verpflichtungen der Verwaltung	99
D. Das gerichtliche Verfahren im ersten Rechtszug	100
§ 19 Grundlagen	100
I. Rechtsnatur des Anordnungsverfahrens	100
1. Selbstständigkeit des Verfahrens	100
2. Gegenstand des Verfahrens	100
II. Anwendbare Verfahrensvorschriften	102
III. Verfahrensbeteiligte	102
1. Antragsteller, Antragsgegner	102
2. Beigeladene	102
3. Vertretung der Beteiligten	103
§ 20 Die Einleitung des Verfahrens	104
I. Adressat des Antrags	104
II. Form des Antrags	105
III. Inhalt des Antrags	105
1. Angabe der Verfahrensbeteiligten und des Verfahrensgegenstands	105
2. Fassung des Antrags	106
3. Begründung des Antrags	108
4. Nachbesserung eines ergänzungsbedürftigen Antrags	108
IV. Zeitpunkt der Antragstellung	109
V. Rechtswirkungen der Antragstellung	110
1. Rechtshängigkeit des Anordnungsverfahrens	110
2. Keine Rechtshängigkeit des Hauptsacheverfahrens	110
§ 21 Der Ablauf des Verfahrens	110
I. Zuständigkeit des Vorsitzenden oder des Berichterstatters	111

XVI		
	II. Befugnisse des Vorsitzenden und des Berichterstatters	112
	III. Freigestellte mündliche Verhandlung	113
	IV. Gewährung rechtlichen Gehörs	113
	V. Zwischenentscheidungen	115
	1. Vorläufige Regelungen aufgrund von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	115
	2. Aussetzung des Verfahrens	117
	3. Ruhen des Verfahrens	120
§ 22	Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze	120
	I. Summarische Prüfung	121
	II. Tatsachenfeststellung	122
	1. Beweiserleichterung durch Glaubhaftmachung	122
	2. Glaubhaftmachung und Untersuchungsgrundsatz (§ 86 VwGO)	124
	3. Umfang der Glaubhaftmachung	126
	4. Mittel der Glaubhaftmachung	126
	5. Beweislast	128
	III. Rechtliche Beurteilung	129
	IV. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	129
	1. Anordnungsanspruch	129
	2. Anordnungsgrund	129
§ 23	Der Abschluss des Verfahrens durch Sachentscheidung	130
	I. Zuständigkeit im Spruchkörper	130
	1. Zuständigkeit der Kammer	130
	2. Eilzuständigkeit des Vorsitzenden	131
	3. Zuständigkeit des Einzelrichters	131
	II. Form der Entscheidung	132
	III. Inhalt der Entscheidung	132
	1. Erfolgsloser Antrag	132
	2. Erfolgreicher Antrag	133
	IV. Nebenentscheidungen	133
	1. Kosten	133
	2. Streitwert	134
	V. Bekanntgabe der Entscheidung	135
	VI. Rechtswirkungen der Entscheidung	135
	VII. Geltungsdauer der Entscheidung	136
§ 24	Der Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung	137
	I. Erledigung der Hauptsache	137
	1. Beiderseitige Erledigungserklärungen	137
	2. Einseitige Erledigungserklärung	138
	3. Eintritt der Erledigung	138
	4. Kein Fortsetzungsfeststellungsantrag	139
	II. Rücknahme des Antrags	140
	III. Verzicht, Anerkenntnis	140
	1. Verzicht	141
	2. Anerkenntnis	141
	IV. Vergleich	141
E.	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	142
§ 25	Das Rechtsmittelverfahren	142
	I. Anwendbare Verfahrensvorschriften	142
	1. Die Sonderregelung des § 146 Abs. 4 VwGO	142
	2. Allgemein geltende Vorschriften	143
	II. Beschwerdegegenstand	143
	1. Anwendbarkeit des § 146 Abs. 4 VwGO auf Zwischenentscheidungen	143
	2. § 146 Abs. 4 VwGO als Möglichkeit der „Untätigkeitsbeschwerde“?	144
	III. Zulässigkeitsvoraussetzungen	145
	1. Allgemeines	145
	2. Zum Rechtsschutzinteresse bei eingetretener Erledigung	146
	IV. Einleitung des Beschwerdeverfahrens	146
	1. Beschwerdeeinlegung; Vertretungszwang	146

2. Beschwerdefrist	147
3. Form der Beschwerde	148
4. Ausschluss der Aussetzung oder Abhilfe durch das VG	148
5. Beschwerdebegündung	148
6. Inhalt der Beschwerdebegündung	150
V. Ablauf des Beschwerdeverfahrens	154
1. Verfahrensgrundsätze	154
2. Zwischenentscheidungen	155
VI. Prüfungs- und Beurteilungsgrundsätze	157
1. Beurteilungsrahmen/Keine Antragsänderung	157
2. Beurteilungsmaßstab	157
3. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	158
VII. Die Entscheidung über die Beschwerde	159
1. Zuständigkeit im Spruchkörper	159
2. Form der Entscheidung	160
3. Inhalt der Entscheidung	160
4. Abschluss des Verfahrens ohne Sachentscheidung	163
VIII. Rechtsschutz gegen Beschwerdeentscheidungen	164
1. Kein weiteres Rechtsmittel	164
2. Abänderung der Entscheidung durch das Beschwerdegericht	165
3. Gegenvorstellung	165
4. Anhöhrungsrüge	167
5. Verfassungsbeschwerde	167
§ 26 Die Rechtsbehelfsverfahren	169
I. Das Fristsetzungs- und Aufhebungsverfahren nach § 926 Abs. 1 ZPO	169
1. Rechtsschutzziel	169
2. Das Fristsetzungsverfahren nach § 926 Abs. 1 ZPO	169
3. Das Aufhebungsverfahren nach § 926 Abs. 2 ZPO	171
II. Das Aufhebungsverfahren nach § 939 ZPO	172
III. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO analog	172
1. Rechtsschutzziel	172
2. Abänderungsgrundlage	173
3. Gerichtliches Verfahren	174
IV. Das Wiederaufnahmeverfahren nach § 153 Abs. 1 VwGO	178
F. Kosten, Vollziehung, Folgenbeseitigung	178
§ 27 Die Kosten des Anordnungsverfahrens	178
I. Erstattungsfähige Kosten	178
II. Streitwertbemessung	179
III. Prozesskostenhilfe	180
1. Bewilligung durch das erstinstanzliche Gericht	181
2. Bewilligung durch das Rechtsmittelgericht	181
§ 28 Die Vollziehung der einstweiligen Anordnung	182
I. Die einstweilige Anordnung als Vollstreckungstitel	182
II. Die Vollziehungsfrist nach § 929 Abs. 2 ZPO	183
III. Die Vollstreckung als Mittel der Vollziehung	184
1. Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand	184
2. Vollstreckung gegen die öffentliche Hand	185
§ 29 Erstattungs- und Ersatzansprüche	188
I. Erstattungsansprüche	188
II. Schadensersatzansprüche	189
1. Schadensersatzpflicht bei ungerechtfertigter einstweiliger Anordnung	189
2. Schadensersatzpflicht bei Aufhebung nach § 926 Abs. 2 ZPO	190
3. Inhalt der Schadensersatzpflicht	190
III. Anspruchskonkurrenz	192
IV. Prozessuale Geltendmachung	193
V. Praktische Bedeutung	193

XVIII

G. Die einstweilige Anordnung in verwaltungsgerichtlichen Sonderverfahren	193
§ 30 Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	193
I. Die Normstruktur des § 47 Abs. 6 VwGO	195
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	196
1. Zuständiges Gericht	196
2. Antrag	196
3. Beteiligte	197
4. Zeitpunkt des Antrags	199
5. Inhalt des Antrags	200
6. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	201
7. Normenkontrollfähige Rechtsvorschrift	201
8. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	204
III. Begründetheit des Antrags auf Erlass der einstweiligen Anordnung	206
1. Herkömmliches Prüfungsschema: das Abwägungsmodell	206
2. Jüngere Rechtsprechungstendenzen	209
3. Eigene Auffassung	209
4. Folgenabwägung	212
IV. Die gerichtliche Entscheidung	213
1. Form der Entscheidung	213
2. Inhalt der Entscheidung	214
3. Wirkung und Dauer der Entscheidung	215
V. Rechtsmittel	216
VI. Abänderung	216
VII. Schadensersatz	217
§ 31 Personalvertretungssachen	217

Dritter Teil: Die aufschiebende Wirkung

A. Die aufschiebende Wirkung im System des vorläufigen Rechtsschutzes	220
§ 32 Funktion und Begriff der aufschiebenden Wirkung	220
I. Rechtsschutz vor dem Verwaltungsakt durch aufschiebende Wirkung	220
1. Der Verwaltungsakt und seine Wirksamkeit	220
2. Die aufschiebende Wirkung als Instrument vorläufiger Rechtsschutzgewährung	221
II. Begriff und Bedeutung der aufschiebenden Wirkung	222
1. Die aufschiebende Wirkung als Hemmung der Vollziehung	222
2. Der Begriff der „Vollziehung“ in § 80 VwGO	223
III. Die Bedeutung der aufschiebenden Wirkung bei den verschiedenen Arten von Verwaltungsakten	224
1. Die aufschiebende Wirkung beim belastenden Verwaltungsakt	224
2. Die aufschiebende Wirkung beim rechtsgestaltenden Verwaltungsakt	226
3. Die aufschiebende Wirkung beim feststellenden Verwaltungsakt	227
4. Die aufschiebende Wirkung beim Verwaltungsakt mit Doppelwirkung	227
§ 33 Die Rechtsbehelfe mit aufschiebender Wirkung	228
I. Die Anfechtungsklage	228
1. Unmittelbare oder latente aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage	228
2. Gegenstand der Anfechtungsklage	229
3. Die Anfechtung von Ablehnungsbescheiden	230
4. Anfechtung bei angemaßter Rechtsposition	230
II. Die Aufsichtsklage	231
III. Die Verbandsklage	231
IV. Widerspruch	231
V. Aufschiebende Wirkung bei unzulässigem Rechtsbehelf?	231
§ 34 Beginn und Ende der aufschiebenden Wirkung	233
I. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung	233
1. Die selbstbewirkte Herbeiführung der aufschiebenden Wirkung	234
2. Herbeiführung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	234

3. Der Begünstigte der aufschiebenden Wirkung	234
4. Rückwirkender Eintritt der aufschiebenden Wirkung	235
II. Das Ende der aufschiebenden Wirkung	235
1. Ende der aufschiebenden Wirkung durch Eintritt der Unanfechtbarkeit des Verwaltungsakts	236
2. Ende der aufschiebenden Wirkung durch behördliche Entscheidung	237
3. Ende der aufschiebenden Wirkung durch gerichtliche Entscheidung	237
4. Kein Ende der aufschiebenden Wirkung während des erfolgreichen Rechtsmittelverfahrens	237
5. Ende der aufschiebenden Wirkung durch Zeitablauf nach erfolglosem Klageverfahren	238
III. Gerichtlich angeordnete Fortdauer der aufschiebenden Wirkung	240
1. Antragstellung	240
2. Zuständigkeit	240
3. Zeitpunkt der Antragstellung	241
4. Kein behördliches Vorverfahren	241
5. Das gerichtliche Verfahren	242
6. Entscheidungsmaßstab	242
7. Der Inhalt der Entscheidung	243
B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 80 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 VwGO ...	244
§ 35 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO)	244
I. Die Anforderung öffentlicher Abgaben	245
1. Geldleistungen mit Finanzierungsfunktion	245
2. Abgaben, die nicht unter § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO fallen	247
3. Die Anforderung öffentlicher Abgaben	248
II. Kosten	248
1. Begriff der öffentlichen Kosten	248
2. Anfordern	250
§ 36 Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei unaufschiebbaren vollzugspolizeilichen Maßnahmen (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO)	251
I. Unaufschiebbare vollzugspolizeiliche Anordnungen oder Maßnahmen	252
1. Vollzugspolizeilicher Verwaltungsakt	252
2. Unaufschiebbarkeit	252
II. Entsprechende Anwendung des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO auf Verkehrszeichen	253
§ 37 Bundesgesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 1 VwGO)	254
I. Bedeutung und Grenzen eines bundesgesetzlichen Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung	254
1. Nur deklaratorische Bedeutung für die Bundesgesetzgebung	254
2. Ausschluss durch förmliches und ausdrückliches Gesetz	254
3. Der vorläufige Rechtsschutz in den Fällen des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO ...	255
II. Beispiele für den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Bundesgesetz ..	255
1. Bau- und Raumordnungsrecht	255
2. Fachplanungsrecht	256
3. Gesetze der Gefahrenabwehr	257
4. Gesetze auf dem Gebiet der Wirtschaft	257
5. Öffentliches Dienstrecht	258
6. Ausländer- und Asylrecht	259
7. Sonstige Gesetze	259
§ 38 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Landesgesetz (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO)	259
I. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Fall 2 VwGO als Kompetenznorm für den Landesgesetzgeber	259
II. Der landesrechtliche Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	260
III. Rechtsschutz bei landesgesetzlichem Ausschluss der aufschiebenden Wirkung ...	262

C. Befugnisse der Behörde	262
§ 39 Anordnung der sofortigen Vollziehung im öffentlichen Interesse	262
I. Funktion und Bedeutung	263
II. Zuständigkeit	263
III. Zeitpunkt	264
IV. Verfahren	265
V. Form	265
1. Besondere Anordnung	265
2. Keine Schriftform	266
3. Rechtsbehelfsbelehrung	266
VI. Begründung	267
1. Zweck der Begründungspflicht	267
2. Formelle Anforderungen	267
3. Inhaltliche Anforderungen	268
4. Die Folgen unzureichender Begründung	269
5. Keine Begründungspflicht bei Notstandsmaßnahmen	270
VII. Besonderes Vollzugsinteresse	271
1. Der Begriff des besonderen öffentlichen Vollzugsinteresses	271
2. Beispiele überwiegenden öffentlichen Vollzugsinteresses	273
VIII. Regelungsumfang	284
1. Sachliche Reichweite	284
2. Persönliche Reichweite	285
IX. Wirkung	285
1. Materielle Wirkungen	285
2. Eintritt und Dauer	286
§ 40 Anordnung der sofortigen Vollziehung im Interesse eines Beteiligten	286
I. Funktion und Bedeutung	286
II. Formelle Rechtmäßigkeit	288
1. Zuständigkeit	288
2. Zeitpunkt	288
3. Verfahren	288
4. Form	289
5. Begründung	289
III. Entscheidungsmaßstab	289
1. Begünstigender Verwaltungsakt mit drittbelastender Doppelwirkung	290
2. Belastender Verwaltungsakt mit drittbegünstigender Doppelwirkung	291
IV. Inhalt	291
1. Hauptsache	291
2. Nebenbestimmungen	292
§ 41 Aussetzung der Vollziehung bei einseitig belastenden Verwaltungsakten	292
I. Funktion und Bedeutung	292
II. Formelle Rechtmäßigkeit	293
1. Zuständigkeit	293
2. Zeitpunkt	293
3. Verfahren	293
III. Maßstab der behördlichen Entscheidung	294
1. Kein Ausschluss der Aussetzungsbefugnis	294
2. Verwaltungsakte zur Anforderung öffentlicher Abgaben oder Kosten	294
3. Verwaltungsakte nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3 oder Satz 2	295
4. Verwaltungsakte, deren sofortige Vollziehung angeordnet ist	296
5. Faktische Vollziehung	296
IV. Inhalt und Wirkung	297
§ 42 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	297
I. Funktion und Bedeutung	297
II. Zuständigkeit	298
III. Verfahren	298
1. Antrag	298
2. Anhörung und Zeitpunkt	298

IV. Maßstab der behördlichen Aussetzungsentscheidung	298
1. Begünstigender Verwaltungsakt mit drittbelastender Doppelwirkung	298
2. Belastender Verwaltungsakt mit drittbegünstigender Doppelwirkung	299
V. Inhalt und Wirkung	299
1. Aussetzung der Vollziehung nach § 80a Abs. 1 Satz 2 VwGO	299
2. Sicherungsmaßnahmen	299
D. Der erstinstanzliche gerichtliche Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	300
§ 43 Zulässigkeit des Antrags	301
I. Die Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	302
II. Zuständigkeit des Gerichts der Hauptsache	303
1. Gericht der Hauptsache vor Klageerhebung	303
2. Gericht der Hauptsache nach Klageerhebung	304
3. Gericht der Hauptsache bei Massenverfahren	304
4. Zwischen- und Teilentscheidungen	305
III. Die innergerichtliche Zuständigkeit	305
1. Zuständigkeit und Besetzung des Spruchkörpers	305
2. Zuständigkeit des Vorsitzenden oder Berichterstatters	305
3. Eilzuständigkeit des Vorsitzenden nach § 80 Abs. 8	306
IV. Statthaftigkeit	306
V. Antragsbefugnis	306
VI. Einleitung des Verfahrens	307
1. Form des Antrags	307
2. Inhalt des Antrags	308
3. Begründungsobliegenheiten	308
4. Antragsfrist	309
VII. Rechtsschutzbedürfnis	310
1. Verwirkung	310
2. Vorherige Antragstellung bei der Behörde	310
3. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei anderweitiger Anhängigkeit	313
§ 44 Der Ablauf des Verfahrens	313
I. Die Beteiligten des Verfahrens	313
1. Antragsgegner	313
2. Beiladung	314
II. Keine vorläufige Festsetzung des Streitwerts	314
III. Mündliche Verhandlung	315
IV. Rechtliches Gehör und Akteneinsichtsrecht	315
1. Rechtliches Gehör	315
2. Akteneinsichtsrecht	316
V. Tatsachenermittlung und Beweis	316
1. Amtsermittlung	316
2. Beweisaufnahme	317
3. Glaubhaftmachung	317
VI. Zwischenentscheidungen	317
VII. Aussetzung nach § 94 VwGO	318
VIII. Aussetzung bei verfassungswidrigem Gesetz	319
IX. Aussetzung zur Vorlage beim Europäischen Gerichtshof	319
X. Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung	320
1. Rücknahme des Antrages	320
2. Erledigung des Verfahrens	321
3. Vergleich	323
§ 45 Herstellung der aufschiebenden Wirkung bei zweiseitigen Rechtsverhältnissen	323
I. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	323
1. Statthaftigkeit	323
2. Zeitpunkt der Antragstellung	326
3. Rechtsschutzbedürfnis	328
II. Entscheidungsmaßstab	328
1. Entscheidungszeitpunkt	328
2. Ermittlungstiefe	330
3. Materieller Entscheidungsmaßstab	331

III. Die gerichtliche Entscheidung	342
1. Tenor	342
2. Rückgängigmachung des Vollzugs	343
3. Auflagen und andere Nebenbestimmungen	343
IV. Wirkung der gerichtlichen Entscheidung	345
1. Gestaltungswirkung	345
2. Vollstreckbarkeit	346
3. Verbot erneuter Vollzugsanordnung	346
§ 46 Aufhebung der Vollziehung	347
I. Funktion und Bedeutung	347
II. Statthaftigkeit	348
III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	349
1. Entscheidungsmaßstab	349
2. Der Begriff der Aufhebung der Vollziehung	349
3. Durchsetzung einer Anordnung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	350
§ 47 Aufhebung der unzureichend begründeten Vollzugsanordnung	350
I. Funktion und Bedeutung	350
II. Zulässigkeit	351
III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	351
IV. Wirkung der gerichtlichen Entscheidung	352
§ 48 Feststellung der aufschiebenden Wirkung	352
I. Funktion und Bedeutung	352
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	354
1. Statthaftigkeit	354
2. Rechtsschutzbedürfnis	356
III. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	356
1. Feststellung der aufschiebenden Wirkung	356
2. Aufhebung der Vollziehung	356
IV. Wirkung der Entscheidung	356
1. Verbot weiteren Vollzuges	356
2. Vollstreckbarkeit	356
3. Kein Verbot einer Anordnung nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO	357
§ 49 Aussetzung der Vollziehung bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	357
I. Funktion und Bedeutung	357
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	358
1. Statthafter Antrag	358
2. Antragsbefugnis	359
3. Rechtsschutzbedürfnis	359
III. Entscheidungsmaßstab	360
1. Entscheidungszeitpunkt und Ermittlungstiefe	360
2. Materieller Entscheidungsmaßstab	360
IV. Die gerichtliche Entscheidung	364
1. Tenor	364
2. Einstweilige Sicherungsmaßnahmen	364
3. Wirkung	365
V. Faktische Vollziehung	365
1. Funktion und Bedeutung	365
2. Statthafter Antrag	366
3. Maßstab und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	366
§ 50 Gerichtliche Anordnung der sofortigen Vollziehung	367
I. Funktion und Bedeutung	367
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	367
1. Statthafter Antrag	367
2. Rechtsschutzbedürfnis	368
III. Entscheidungsmaßstab	368
1. Offensichtlich rechtmäßiger Verwaltungsakt	368
2. Offensichtlich erfolgreicher Rechtsbehelf	369
3. Sonstige Fälle	369

IV. Die gerichtliche Entscheidung	369
1. Inhalt	369
2. Wirkung	370
§ 51 Die Sachentscheidung und Nebenentscheidungen	370
I. Die instanzbeendende Entscheidung	370
1. Form	370
2. Hauptsachetenor	371
3. Kostengrundentscheidung	371
4. Streitwertfestsetzung	371
II. Kostenhöhe	372
1. Gerichtskosten	372
2. Rechtsanwaltsgebühren	372
3. Sonstige Kosten	374
III. Prozesskostenhilfe	374
IV. Wirksamwerden der Entscheidung	375
§ 52 Erstattungs- und Ersatzansprüche	375
I. Ersatzansprüche bei Vollziehung eines Verwaltungsakts	375
1. Kein Schadensersatz nach § 945 ZPO oder § 717 Abs. 2 Satz 1 ZPO	375
2. Amtshaftungsanspruch	376
3. Enteignungsgleicher/aufopferungsgleicher Eingriff	377
4. Folgenbeseitigungs- und Folgenentschädigungsanspruch	377
II. Ersatzansprüche der Behörde oder eines Dritten nach Vollzugshemmung	378
1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	378
2. Kein Schadensersatzanspruch der Behörde	379
3. Kein Schadensersatzanspruch des Begünstigten	379
E. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	379
§ 53 Das Beschwerdeverfahren	379
I. Zulässigkeit	380
1. Statthaftigkeit	380
2. Beschwerdebefugnis	381
3. Vertretungszwang	381
4. Frist	381
5. Rechtsschutzbedürfnis	381
6. Begründung	382
7. Prozesskostenhilfe	383
II. Weiteres Verfahren	383
1. Zuständigkeit	383
2. Verfahrensablauf	384
3. Vorläufige Regelungen	384
III. Die Entscheidung des Beschwerdegerichts	385
1. Form der Entscheidung	385
2. Maßstab der Sachentscheidung	385
3. Kosten	388
4. Abschluss ohne Sachentscheidung	388
§ 54 Das Abänderungsverfahren	389
I. Funktion und Bedeutung	389
II. Zuständigkeit	389
III. Zulässigkeit	390
1. Statthaftigkeit	390
2. Einleitung von Amts wegen	392
3. Einleitung auf Antrag	392
4. Beteiligte	395
5. Antragsfrist	395
6. Rechtsschutzbedürfnis	396
IV. Das gerichtliche Verfahren	396
V. Die gerichtliche Entscheidung	396
1. Form	396
2. Maßstab	396

3. Inhalt	396
4. Kostenentscheidung	397
5. Kostenhöhe	397
VI. Rechtsmittel	397
§ 55 Anhörungsrüge und Verfassungsbeschwerde	398
I. Anhörungsrüge	398
II. Verfassungsbeschwerde	399
1. Grundsätze	399
2. Erschöpfung des Rechtswegs	399
3. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	399

Vierter Teil: Der vorläufige Rechtsschutz in der praktischen Anwendung

§ 56 Ausländerrecht	403
I. Versagung des Aufenthaltstitels	403
1. Ausschluss des Suspensiveffektes	403
2. Vorläufiger Rechtsschutz	404
3. Interessenabwägung	406
II. Ausweisung	407
1. Begrenzter Suspensiveffekt	407
2. Prozessuale Besonderheiten	407
3. Interessenabwägung	408
4. Kumulativer vorläufiger Rechtsschutz	411
III. Abschiebung	412
§ 57 Asylrecht	413
I. Allgemeine verfahrensrechtliche Besonderheiten	414
1. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	414
2. Zuständigkeit	414
3. Akteneinsicht	414
4. Ausschluss der Beschwerde	415
II. Der vorläufige Rechtsschutz im Einzelnen	416
1. (Schlicht) unbegründeter Asylantrag	416
2. Unzulässiger oder offensichtlich unbegründeter Asylantrag	416
3. Erfolgreicher Folgeantrag und Zweitantrag	419
4. Flughafenverfahren	420
5. Anordnung der Abschiebung in einen Drittstaat oder zuständigen Staat	420
§ 58 Baurecht	421
I. Vorläufiger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der städtebaulichen Planung	422
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber einem Bebauungsplan	422
2. Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber einer Veränderungssperre	424
3. Vorläufiger Rechtsschutz bei der Zurückstellung eines Baugesuchs oder der vorläufigen Untersagung eines Vorhabens	426
II. Vorläufiger Rechtsschutz bei Nachbarstreitigkeiten	428
1. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch § 212a Abs. 1 BauGB	428
2. Antrag des Dritten auf behördliches Einschreiten	429
3. Antrag des Dritten auf gerichtliche Anordnung der aufschiebenden Wirkung	430
4. Vorläufiger Rechtsschutz bei genehmigungsfreien Vorhaben	432
5. Vorläufiger Rechtsschutz für die Gemeinde	432
III. Vorläufiger Rechtsschutz bei bauaufsichtsbehördlichen Maßnahmen	433
1. Baueinstellung	433
2. Versiegelung der Baustelle	434
3. Nutzungsuntersagung	435
4. Beseitigungsanordnung	435
§ 59 Umweltrecht	436
I. Bodenschutz- und Altlastenrecht	437
1. Zu den Voraussetzungen einer Drittanfechtung bodenschutzrechtlicher Maßnahmen	438

2. Zum Erfordernis eines Aussetzungsantrages nach §§ 80a Abs. 3 S. 2, 80 Abs. 6 VwGO	439
3. Zu den Auswirkungen des Art. 20a GG auf die Abwägung zwischen Vollzugs- und Verschonungsinteresse	439
4. Zum Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 VwGO	440
5. Zum Rechtsschutzinteresse	440
6. Zum Umfang der gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung in bodenschutzrechtlichen Eilfällen	440
II. Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht	441
1. Zur Begründung nach § 80 Abs. 3 VwGO	441
2. Zur gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung	441
3. Zur Anwendung des § 123 VwGO in abfallrechtlichem Zusammenhang	442
III. Immissionsschutzrecht	442
1. Zum Erfordernis eines Aussetzungsantrages nach §§ 80a Abs. 3 S. 2, 80 Abs. 6 S. 1 VwGO	442
2. Zur Antragsbefugnis	443
3. Zum Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 VwGO	444
4. Zum Umfang der gerichtlichen Sachverhaltsaufklärung in immissionsschutzrechtlichen Eilverfahren	445
IV. Wasserrecht	445
V. Naturschutzrecht	446
1. Zum Vollzugsinteresse	446
2. Zur Antragsbefugnis	447
3. Zum Umfang der Sachverhaltsaufklärung	447
§ 60 Fachplanungsrecht	447
I. Statthaftigkeit	448
II. Antrags- und Antragsbegründungsfrist	449
III. Zur Antragsbefugnis	450
IV. Vorprägung der Abwägung durch das Fachplanungsrecht	451
V. Zu Abänderungsanträgen gem. § 80 Abs. 7 VwGO	451
§ 61 Beamtenrecht	452
I. Ernennung, Beförderung	453
1. Sicherung eines Bewerberverfahrensanspruchs	453
2. Sicherung eines Anspruchs auf erstmalige Ernennung oder Beförderung	459
3. Übertragung eines höherwertigen Dienstpostens	460
II. Veränderungen im funktionellen Amt	462
1. Verwaltungsakte	462
2. Organisationsakte	464
3. Maßnahmen im Rahmen der Dienstausbübung	466
III. Beendigung des aktiven Beamtenverhältnisses	468
1. Verbot der Dienstgeschäfte	468
2. Entlassung	468
3. Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand	470
§ 62 Schulrecht	471
I. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	471
II. Schulrechtliche Maßnahmen	472
1. Aufnahme in die Schule – Teilnahme am Unterricht	472
2. Versetzung	473
3. Überweisung in eine andere Schulart	474
4. Entlassung	475
5. Schulordnungsmaßnahmen	475
6. Schulorganisationsakte	476
§ 63 Prüfungsrecht	478
I. Zulassung zur Prüfung	478
1. Rechtsschutzziel	479
2. Vorwegnahme der Hauptsache?	480
3. Anordnungsanspruch	480
4. Anordnungsgrund	481
II. Ablauf der Prüfung	482

III. Abbruch der Prüfung	483
1. Rücktritt von der Prüfung	483
2. Sanktionen im Prüfungsverfahren	483
IV. Abschluss der Prüfung	484
1. Bestehen der Prüfung	484
2. Erneutes Ablegen der Prüfung	486
3. Verbesserung des Prüfungsergebnisses	487
§ 64 Ausbildungsförderungsrecht	488
I. Erstförderung	488
1. Voraussetzungen	488
2. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	490
3. Art und Umfang der Förderung	490
4. Beginn und Dauer der Förderung	490
II. Weiterförderung	491
III. Rückforderung, Erstattung, Überleitung	491
IV. Auskunftspflichten	492
§ 65 Straßenverkehrsrecht	492
I. Fahrerlaubnis	493
1. Entziehung	493
2. Erteilung	497
II. Fahrtenbuch	498
III. Verkehrszeichen	499
Sachregister	503